

(Abg. Kowalleck)

wolle: „Diese unmittelbare Forderung wurde von mir nie erhoben.“ Man sollte hier auch entsprechend darauf eingehen und nicht die Meldungen nehmen, die einem da gerade passen.

Meine Damen und Herren, mit dem neuen Kindergartengesetz haben wir einen entscheidenden Beitrag für die frühkindliche Bildung geleistet. Wir werden diesen Weg auch konsequent weitergehen.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Astrid Rothe-Beinlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kowalleck, seien Sie versichert, ich werde gern den Finanzminister zitieren, wenn bei ihm ein Prozess des Umdenkens dahin gehend stattgefunden hat, dass genau das nicht eintritt, was wir zu befürchten hatten, als wir lasen, dass künftig 25 Prozent der Kosten für einen Kitaplatz von den Eltern übernommen werden sollen. Da war ich - das sage ich hier auch ganz deutlich an dieser Stelle - Herrn Minister Matschie sehr dankbar für seine deutlichen Worte, die er gefunden hat. Denn ich meine, so ernst müssen wir uns als Parlament, so ernst muss sich auch die Landesregierung selbst nehmen, wenn wir tatsächlich ein Gesetz, wie wir es hier gemeinsam, alle Fraktionen, vor einem Jahr verabschiedet haben, auch mit Leben füllen wollen. Das „mit Leben füllen“ verstehe ich dahin gehend, dass wir einen hohen Anspruch mit diesem Gesetz verbunden haben.

Zum einen möchte ich noch einmal erinnern, dass es 60.000 Unterschriften von Eltern gewesen sind, die gesammelt wurden - ein herzliches Dankeschön noch einmal dafür -, die letztlich auch dazu geführt haben, dass wir ein solches Gesetz hier verabschieden konnten. Ich sage aber auch - da werden wir hoffentlich noch mehr Zeit haben, wenn dann unser Antrag zu diesem Thema zur Debatte steht, nämlich zur Bilanz nach einem Jahr -, dass es gewiss noch viele Baustellen gibt, die wir uns genauer anschauen müssen.

Herr Kowalleck, Sie haben eben genauere Zahlen angemahnt, die man sich anschauen muss. Da muss man ja tatsächlich sehr genau hinschauen, wie es zu drastischen Gebührenerhöhungen kommen kann. Ich habe mir einmal ein paar genaue Zahlen herausgesucht. Wenn wir zum Beispiel nach Oberbösa gehen, dort wurden die Gebühren für die Ein- bis Zweijährigen von 100 € auf 150 € erhöht. Oder aber wenn wir nach Gefell schauen, dort wurden die Gebühren von 120 € auf 140 € für die Ein- bis Zweijährigen erhöht. In Mühlhausen fand eine Erhöhung von 100 € auf 120 € für die ab Dreijährigen statt. Und noch ein Beispiel aus Treffurt, dort wurden die Gebühren für die ab Dreijährigen von 49 € auf 85 € erhöht. Dann müssen wir natürlich den Eltern, dann müssen wir auch den Kommunen, die uns fragen, Antworten geben, ob wir als Land tatsächlich nicht der Verantwortung gerecht werden oder ob gegebenenfalls bei der Finanzierung der Kindertagesstätten und Kindertagesplätze etwas falsch läuft bzw. das Geld nicht dort ankommt, und somit den Anforderungen nicht gerecht werden, die wir hier selbst formuliert haben.

(Abg. Rothe-Beinlich)

Da, glaube ich, müssen wir auch so ehrlich sein, noch eine zweite Baustelle anzusprechen, die ich außerordentlich bedenklich finde. Der Gemeinde- und Städtebund hat in einer mit dem Innenministerium abgestimmten Mustersatzung zunächst übrigens - was ich auch pikant finde - ohne Beteiligung des aus meiner Sicht zuständigen Ministeriums für Bildung eine Mustersatzung erstellt, die vorsieht, die Beiträge so zu staffeln, dass faktisch - das ist jedenfalls meine Interpretation - möglichst viele Eltern den Betreuungsumfang ihrer Kinder reduzieren. So sollen für das erste Kind in einer Kinderkrippe im Alter von 1 bis 2 Jahren nach den Vorstellungen vom Gemeinde- und Städtebund für mehr als 8 Stunden Betreuungsumfang etwa 150 € bezahlt werden, während für eine Betreuung von 5 Stunden nur 90 € fällig werden. Ein solches Vorgehen widerspricht aus meiner Sicht genau den pädagogischen Erwartungen und Hoffnungen und auch genau den Punkten, die wir in der sogenannten Sternstunde festgehalten haben, nämlich dem Anspruch auf mindestens 10 Stunden Betreuungszeit tatsächlich für jedes Kind.

Ein weiterer Punkt, über den wir mit Sicherheit auch reden müssen, ist die Problematik des Personalschlüssels mit Blick darauf, wie viele Kinder eigentlich von wie viel Personal betreut werden. Wir wissen, dass wir in bundesweiten Studien eher einen hinteren Platz belegt haben. Ich erhoffe mir aus der Debatte zu unserem Antrag in der Tat noch viel genauere Zahlen, ob sich an der Betreuungsrelation schon etwas verbessert hat. Dass das nicht von heute auf morgen gelingt, das ist uns völlig klar. Nichtsdestotrotz müssen wir hier tatsächlich Verbesserungen erreichen, wenn wir dem Ziel gerecht werden wollen, das Bildungsland Nummer 1 zu sein, und das beginnt nun mal mit der frühkindlichen Bildung.

Ich will einen letzten Punkt noch ansprechen, und zwar folgenden Punkt, den ich sehr wichtig finde - die Sozialverträglichkeit von Elternbeiträgen: Wir alle, glaube ich, müssen ein gemeinsames Interesse daran haben, dass jedes Kind die Chance hat, die bestmögliche frühkindliche Bildung zu erhalten, und zwar unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Genau das sollte wieder ein Ziel sein, was uns vielleicht derart eint, wie damals, als wir gemeinsam dieses Gesetz beschlossen haben. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Wir haben noch sechs Minuten Redezeit. Als Nächster hat sich der Abgeordnete Emde zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich will zu einem Punkt in der ganzen Diskussion Stellung nehmen und das ist die Frage: Wird hier ein Thema angeheizt - Erhöhung der Elternbeiträge - oder nicht? Für meine Wahrnehmung ist das so, dass nicht Herr Minister Voß an Herrn Minister Matschie einen Brief geschrieben hat, in dem unter anderem eine Erhöhung von Elternbeiträgen angefragt wurde, sondern dass es so ist, dass Mitarbeiter aus dem Finanzministerium an das Ministerium für Bildung geschrieben haben, dass es unter anderem denkbar wäre, einen gewissen Satz von Elternbeiträgen bei den Kommunal финанzen anzurechnen. Frau Rothe-Beinlich, dann kann ich Ihnen nur sagen, Herr Minister Voß muss in keiner Weise umden-